



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 02.12.2018

Niederschrift

über die **40. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 13.11.2018, 16:05 Uhr bis 18:18 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Andreas Wolter GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Andreas Pöttgen	SPD
Herr Ralph Sterck	FDP
Herr Stefan Götz	CDU
Herr Dirk Michel	CDU
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Monika Roß-Belkner	CDU
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jürgen Kircher	SPD	(für RM Noack)
Herr Franz Philippi	SPD	(für RM Kron)

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 11 Gemeindeordnung NRW

Herr Thomas Hegenbarth	BUNT
Herr Tobias Scholz	GUT

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Wolfgang Kissenbeck	auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Jörg Klusemann	SPD
Frau Elisabeth Rohata	auf Vorschlag der SPD-Fraktion

Frau Bezirksbürgermeisterin Helga Blömer-Frerker CDU (bis 17.30 Uhr)
Frau Gunda Wienke auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Klaus Uckrow auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22, 23, 23a oder 23 b der Hauptsatzung

Herr Abdullah Aydik DEIN KÖLN (ab 17.30 Uhr)
Herr Bernd Fahlenbock auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Hans Anton Meurers Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Frau Beigeordnete Andrea Blome Dezernat für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur
Herr Klaus Harzendorf Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung
Frau Cornelia Müller Bauverwaltungsamt
Herr Gerd Neweling Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau
Frau Sonja Rode Dezernat für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur
Herr Patric Stieler Amt für Verkehrsmanagement

Schriftführerin

Frau Angela Krause Dezernat für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur

Gäste

Herr Gunther Höhn KVB AG

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 9 Gemeindeordnung NRW

Frau Diana Finsterle AfD

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Oliver Czernik auf Vorschlag der CDU
Herr Ralph Köhler auf Vorschlag der CDU

Ausschussvorsitzender Wolter eröffnet die 40. Sitzung des Verkehrsausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

- zu 3.7 Lastenräder > Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT vom 13.11.2018
AN/1599/2018
Tischvorlage
- 3.10 Machbarkeitsstudie auf Grundlage des Verkehrsgutachtens Mülheimer Süden - Planungsbeschluss sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
hier: Finanzstelle 6601-1201-9-8620, Mülheimer Süden, Erschließung
3245/2018
- 5.2.1. Chlodwigplatz
> Beantwortung der Verwaltung
3500/2018
- 5.2.4 Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.11.2018 betr.
Sachstand, Terminierung und geplantes Vorgehen bei der Erstellung einer städtischen Stellplatzsatzung
AN/1534/2018
- 5.2.5 Anfrage der Ratsgruppe GUT vom 06.11.2018 betr.
Radschnellwege für Köln
AN/1555/2018
- 5.2.6 Anfrage der Ratsgruppe BUNT vom 07.11.2018 betr.
Fahrradmitnahme bei der KVB
AN/1564/2018
- 6.1 Parkhäuser in der Stadt Köln
3544/2018
- 6.2 Stadtbahnverlängerung Widdersdorf-Brauweiler
2815/2018
Tischvorlage
- 6.3 Spielen Lufttaxis (vertikaler Personennahverkehr) bei den Planungen rund um eine kommunale Stellplatzsatzung eine Rolle?
hier. Anfrage der Ratsgruppe BUNT in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 11.09.2018, TOP 5.2.3
2994/2018
Tischvorlage
- 6.4 Entwicklung eines Wasserbussystems auf dem Rhein – Welchen Fortschritt gibt es zur sinnvollen Ergänzung unseres ÖPNV-Angebotes?

hier: Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 11.09.2018, TOP 5.2.2

3533/2018

Tischvorlage

- 7.6 Bericht über den Ausgang der verwaltungsgerichtlichen Verfahren "Bezirksvertretung Köln-Nippes gegen den Rat der Stadt Köln", VG Köln, Az. 4 L 1346 und 4 K 4391/18
3433/2018
- 7.7 Bürgerbefragung Ost-West-Achse
3587/2018
- 7.8 Verwendung der Stellplatzablösemittel im Jahr 2017
3631/2018
- 7.9 Umsetzungsstand des Radverkehrskonzeptes Innenstadt
2936/2018
Tischvorlage
- 7.10 Breslauer Platz/Goldgasse - neue Haltestellenstandorte
2793/2018
Tischvorlage
- 7.11 Bericht über die Informationsreise nach Wien am 06./07.09.2018
3292/2018
Tischvorlage

Zurückgezogen werden die Vorlagen

- 3.3 Aufhebung der Klassifizierung der K1 Niehler Damm und Teil der Bremerhavener Straße in Köln-Niehl/Nippes
3976/2017
- 4.1 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für den Ersatzneubau Brücke Widdersdorfer Straße über die Trasse der Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK)
1485/2018

Die RM Michel und Götz melden zu den TOP

- 2.1 Eifelwall: Einrichtung der Fahrradstraße Eifelwall und Sperrung für den Durchgangsverkehr
1943/2018

und

- 4.8 Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages 2816/2018

Beratungsbedarf an und bitten um Vertagung.

RM Scholz regt an, die TOP

- 4.10 Ost-West-Achse: Entscheidung über die Vorzugsvariante und Vorbereitung eines Planungs- und Bedarfsfeststellungsbeschlusses 3211/2018

und

- 7.7 Bürgerbefragung Ost-West-Achse 3587/2018

zusammen zu behandeln.

Ausschussvorsitzender Wolter schlägt in Absprache mit der Beigeordneten vor, die TOP

- 1.1 Antrag der Gruppe BUNT vom 19.06.2018 betr. Großräumige „Autofreie Tage“ in Köln einführen AN/1012/2018
verwiesen aus der Ratssitzung am 05.07.2018

Änderungsantrag der Gruppe GUT vom 05.07.2018 AN/1112/2018

in der kommenden Sitzung zu behandeln, da noch keine Vorlage/Stellungnahme der Verwaltung vorliege.

Die RM Hegenbarth und Scholz sind hiermit nicht einverstanden und sehen keine Notwendigkeit, die Anträge zurückzustellen.

BG Blome bittet um Verständnis, dass die Vorlage der Verwaltung noch nicht fertiggestellt werden konnte. Es handele sich hier um ein sehr komplexes Thema, das zudem mit vielen Dienststellen der Stadt abgestimmt werden müsse. Sie sei zuversichtlich, dieses in der kommenden Sitzung des Verkehrsausschusses vorlegen zu können.

RM Hammer weist darauf hin, dass dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden eine Bürgereingabe zu dieser Thematik vorliege und bittet die Verwaltung, diese bei ihrer Stellungnahme auch zu berücksichtigen.

Nach kontroverser Diskussion über das weitere Verfahren lässt Vorsitzender Wolter wie folgt abstimmen:

Die Anträge AN/1012/2018 und AN/1112/2018 werden von der Tagesordnung abgesetzt und zusammen mit der Vorlage der Verwaltung behandelt.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke

Im Übrigen ist der Ausschuss mit den Ergänzungen zur Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung einer Sachkundigen Einwohnerin

B Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Antrag der Gruppe BUNT vom 19.06.2018 betr.
Großräumige „Autofreie Tage“ in Köln einführen
AN/1012/2018

Änderungsantrag der Gruppe GUT vom 05.07.2018
AN/1112/2018
- zurückgestellt -

1.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT vom 31.10.2018 betr.
Verkehrswende voranbringen – ÖPNV attraktiver machen: durchgehenden
Betrieb der Linie 13 am Wochenende einrichten!
AN/1510/2018

2 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

2.1 Eifelwall: Einrichtung der Fahrradstraße Eifelwall und Sperrung für den
Durchgangsverkehr
1943/2018
- vertagt -

3 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

3.1 Änderung der Verkehrsführung im Knotenpunkt Bergisch Gladbacher Stra-
ße/Buschfeldstraße/Johann-Bensberg-Straße
0853/2018

- 3.2 Verkehrsversuch Bayenthal/Marienburg
2142/2018
- 3.3 Aufhebung der Klassifizierung der K1 Niehler Damm und Teil der Bremerhavener Straße in Köln-Niehl/Nippes
3976/2017
- zurückgezogen -
- 3.4 Baubeschluss für die Umgestaltung des Kreuzungsbereiches Rolshover Straße/Kalker Hauptstraße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-8-1096, Rolshover Straße/Kalker Hauptstraße/Sieversstraße-Umgestaltung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen
1625/2018
- 3.5 Sanierung des Knotenpunktes Ostheimer Straße/Vingster Ring
2594/2018
- 3.6 Baubeschluss für die Instandsetzung der Industriestraße im Bereich zwischen der Brücke über die BAB 1 bis zur Auffahrt von der Edsel-Ford-Straße
2844/2018
- 3.7 Förderkonzept "Lastenräder für Köln"
3184/2018
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT vom 13.11.2018
AN/1599/2018
- 3.8 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Systemertüchtigung des Kernsystems Verkehrsmanagement sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen – hier: Finanzstelle 6400-1201-0-0008, Upgrade Verkehrsmanagementsystem
3255/2018
- 3.9 Einrichtung eines stadtweiten Fahrradverleihsystems (KVB-Rad)
3281/2018
- 3.10 Machbarkeitsstudie auf Grundlage des Verkehrsgutachtens Mülheimer Süden - Planungsbeschluss sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
hier: Finanzstelle 6601-1201-9-8620, Mülheimer Süden, Erschließung
3245/2018
- 4 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 4.1 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für den Ersatzneubau Brücke Widdersdorfer Straße über die Trasse der Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK)
1485/2018

- zurückgezogen -

- 4.2 Aufhebung der Umsetzung des Haushaltsbegleitbeschlusses "Beleuchtung entlang der Wegeverbindung Am Baggerfeld zwischen Esch und Pesch" 2324/2018
- 4.3 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Bergstraße von Ober Buschweg bis Haus-Nr. 50 ausschließlich (Grenze zum vorhandenen Teil) in Köln-Sürth 1429/2018
- 4.4 Erneuerung Asphaltdecke Zoobrücke, hier: Mitteilung über die Erhöhung der Investitionsauszahlungen gem. §24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. §8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018 2401/2018
- 4.5 Umgestaltung des Knotenpunktes Neusser Landstraße/Oranjehofstraße in einen Kreisverkehr, hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6600, Umbau von signalisierten Verkehrsknotenpunkten 2642/2018
- 4.6 Umgestaltung des Chlodwigplatzes, hier: Mitteilung über eine weitere Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd-Stadtbahn, Wiederherstellung 2657/2018
- 4.7 Generalinstandsetzung der Troisdorfer Straße, hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. §24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. §8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018 2787/2018
- 4.8 Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages 2816/2018
- vertagt -**
- 4.9 268. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 2819/2018
- 4.10 Ost-West-Achse: Entscheidung über die Vorzugsvariante und Vorbereitung eines Planungs- und Bedarfsfeststellungsbeschlusses 3211/2018

5 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

5.1.1 Anfrage der Gruppe BUNT vom 05.09.2018 betr.
Anfrage zu Ausfällen von Bussen und Bahnen der KVB
AN/1234/2018

5.1.2 Anfrage der Gruppe GUT vom 06.09.2018 betr.
Mobilitätsverhalten der Kölnerinnen und Kölner
AN/1253/2018

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Anfrage des Seniorenvertreters Meurers vom 06.10.2018 betr. Chlodwigplatz

Chlodwigplatz
hier: Anfrage der Seniorenvertretung zur Sitzung des Verkehrsausschusses
am 13.11.2018
3500/2018

5.2.2 Anfrage der Ratsgruppe BUNT vom 30.10.2018 betr. E-Tretroller sausen bald
durch Köln – ist die Stadtverwaltung darauf vorbereitet?
AN/1488/2018

5.2.3 Anfrage der Ratsgruppe GUT vom 31.10.2018 betr. Velosichere Schienen für
Köln
AN/1522/2018

5.2.4 Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.11.2018 betr.
Sachstand, Terminierung und geplantes Vorgehen bei der Erstellung einer
städtischen Stellplatzsatzung
AN/1534/2018

5.2.5 Anfrage der Ratsgruppe GUT vom 06.11.2018 betr.
Radschnellwege für Köln
AN/1555/2018

5.2.6 Anfrage der Ratsgruppe BUNT vom 07.11.2018 betr.
Fahrradmitnahme bei der KVB
AN/1564/2018

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Parkhäuser in der Stadt Köln
3544/2018

- 6.2 Stadtbahnverlängerung Widdersdorf-Brauweiler
2815/2018
- 6.3 Spielen Lufttaxi (vertikaler Personennahverkehr) bei den Planungen rund um eine kommunale Stellplatzsatzung eine Rolle?
hier: Anfrage der Ratsgruppe BUNT in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 11.09.2018, TOP 5.2.3
2994/2018
- 6.4 Entwicklung eines Wasserbussystems auf dem Rhein – Welchen Fortschritt gibt es zur sinnvollen Ergänzung unseres ÖPNV-Angebotes?
hier: Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 11.09.2018, TOP 5.2.2
3533/2018
- 7 Mitteilungen der Verwaltung**
- 7.1 „Wie inklusiv ist das Quartier?“
Exemplarische Erhebung der Generationengerechtigkeit und Barrierefreiheit zweier Wohnquartiere und Erarbeitung eines hieraus abgeleiteten Kriterienkatalogs
hier: Zwischenbilanz
2582/2018
- 7.2 Busverbindung vom Rheinauhafen zur Haltestelle Severinstraße
hier: Beschluss des Verkehrsausschusses vom 25.08.2015, TOP 2.2
2891/2018
- 7.3 Neue Stabsstelle Stadtbau im Quartier | Domumfeld mit Wirkung vom 01. März 2018
2955/2018
- 7.4 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Arbeits- und Erfahrungsbericht für die Zeit von 09/2017 - 05/2018
3010/2018
- 7.5 Radverkehrskonzept Innenstadt - Piktogrammreihe
hier: Markierung von Piktogrammreihen auf den Kölner Ringen und der Nord-Süd-Fahrt
3376/2018
- 7.6 Bericht über den Ausgang der verwaltungsgerichtlichen Verfahren "Bezirksvertretung Köln-Nippes gegen den Rat der Stadt Köln", VG Köln, Az. 4 L 1346 und 4 K 4391/18
3433/2018
- 7.7 Bürgerbefragung Ost-West-Achse
3587/2018

- 7.8 Verwendung der Stellplatzablösemittel im Jahr 2017
3631/2018
- 7.9 Umsetzungsstand des Radverkehrskonzeptes Innenstadt
2936/2018
- 7.10 Breslauer Platz/Goldgasse - neue Haltestellenstandorte
2793/2018
- 7.11 Bericht über die Informationsreise nach Wien am 06./07.09.2018
3292/2018

8 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung einer Sachkundigen Einwohnerin

Ausschussvorsitzender Wolter verpflichtet Frau Elisabeth Rohata als neue Sachkundige Einwohnerin des hiesigen Ausschusses.

B Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Antrag der Gruppe BUNT vom 19.06.2018 betr. Großräumige „Autofreie Tage“ in Köln einführen AN/1012/2018

Änderungsantrag der Gruppe GUT vom 05.07.2018 AN/1112/2018

Der Antrag sowie der Änderungsantrag wurden vor Eintritt in die Tagesordnung mehrheitlich gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke vertagt.

1.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT vom 31.10.2018 betr. Verkehrswende voranbringen – ÖPNV attraktiver machen: durchgehenden Betrieb der Linie 13 am Wochenende einrichten! AN/1510/2018

Die RM Hegenbarth und Pöttgen nehmen Stellung zum vorliegenden Antrag und werben um Zustimmung.

Die RM Michel und Hammer halten die Initiative für sinnvoll und unterstützenswert, würden jedoch einen Prüfauftrag präferieren und regen an, den Antragstext entsprechend zu modifizieren.

RM Sterck schließt sich diesem Vorschlag an.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, führt aus, dass er eine Umsetzung für schwierig halte, sagt jedoch eine Prüfung zu.

Geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt gemeinsam mit der KVB **darzulegen, wie und auf welchen Streckenabschnitten** ein durchgehender Betrieb der Linie 13 am Wochenende eingerichtet werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

2 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

2.1 Eifelwall: Einrichtung der Fahrradstraße Eifelwall und Sperrung für den Durchgangsverkehr 1943/2018

Die Vorlage wurde auf Antrag der CDU-Fraktion vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

3 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

3.1 Änderung der Verkehrsführung im Knotenpunkt Bergisch Gladbacher Straße/Buschfeldstraße/Johann-Bensberg-Straße 0853/2018

RM Michel teilt seitens der CDU-Fraktion mit, dass diese die in Rede stehende Maßnahme des 33-Punkte-Programms gerne zeitgleich mit weiteren Maßnahmen verknüpft hätte; um zumindest diese nun nicht weiter aufzuhalten, werde sie der Vorlage jedoch heute zustimmen; eine weitergehende Initiative erfolge dann zur kommenden Sitzung.

RM Pöttgen schlägt vor, sich der Beschlussfassung der BV Mülheim anzuschließen.

Auf Nachfrage von RM Hammer bestätigt Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, dass zeitnah auf der gesamten Bergisch Gladbacher Straße aus Lärmschutzgründen Tempo 30 angeordnet werde.

Geänderter Beschluss (entsprechend der Beschlussfassung der BV Mülheim):

Der Verkehrsausschuss stimmt der beigefügten Planung zur Änderung der Verkehrsführung im Knotenpunkt Bergisch Gladbacher Straße/Buschfeldstraße/Johann-Bensberg-Straße zur Verbesserung der verkehrlichen Situation zu und beauftragt die Verwaltung, die Maßnahme mit Gesamtkosten in Höhe von rd. 407.800,00 € umzusetzen.

Nach einem Erfahrungszeitraum von sechs Monaten nach Realisierung der Maßnahmen zur Änderung der Verkehrsführung im Knotenpunkt Bergisch Gladbacher Straße soll die Verwaltung die Auswirkungen auf die Piccoloministraße untersuchen und der Bezirksvertretung hierüber berichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3.2 Verkehrsversuch Bayenthal/Marienburg 2142/2018

RM Roß-Belkner begrüßt seitens der CDU-Fraktion die Verwaltungsvorlage und schlägt vor, sich dem Votum der BV Rodenkirchen anzuschließen.

Seitens der FDP-Fraktion hingegen macht RM Sterck deutlich, dass die Maßnahmen lediglich eine „Insellösung“ darstellen und die Probleme in den umliegenden Bereichen – 3. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn und die Situation auf der Rheinuferstraße - damit nicht gelöst werden. Wichtige Verkehrsbeziehungen würden unmöglich ge-

macht; seine Fraktion lehne die Vorlage – insbesondere in der von der Bezirksvertretung verschärfte Beschlussempfehlung - daher ab.

SE Dr. Klusemann dankt der Verwaltung nachdrücklich für die intensive Begleitung in diesem langen Prozess und die vorliegende Beschlussvorlage. Die SPD-Fraktion werde sich dem Votum der BV Rodenkirchen anschließen.

An Herrn Sterck gerichtet weist RM Michel darauf hin, dass die Vorlage das Ergebnis eines Beteiligungsprozesses sei; die Bürger und Beteiligten, die mitgearbeitet und sich eingebracht haben, haben durchaus auch die entsprechende Kompetenz vorzuweisen.

Geänderter Beschluss (entsprechend der Beschlussfassung der BV Rodenkirchen):

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, den Verkehrsversuch Bayenthal/Marienburg mit folgenden Anpassungen (Variante 2) fortzuführen:

- Einfahrt in die Marienburg über den Schillingsrotter Weg nur vom Rheinufer kommend, Feuerwehrezufahrt vom Bonner Verteiler kommend über die Militärringstraße nach links frei. Keine Ausfahrt aus dem Schillingsrotter Weg in die Militärringstraße.
- Ausfahrt aus der Marienburg über die Leyboldstraße **nur nach rechts** auf die Militärringstraße. Keine Einfahrt von der Militärringstraße und Konrad-Adenauer-Straße in die Leyboldstraße.
- Alternierendes Parken auf der Pferdengesstraße.

Die Anpassungen sollen ~~nach bzw. sukzessive während der Bauzeit der 3. Baustufe Nord-Süd-Stadtbahn~~ **sofort** umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

3.3 Aufhebung der Klassifizierung der K1 Niehler Damm und Teil der Bremerhavener Straße in Köln-Niehl/Nippes 3976/2017

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

3.4 Baubeschluss für die Umgestaltung des Kreuzungsbereiches Rolshover Straße/Kalker Hauptstraße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-8-1096, Rolshover Straße/Kalker Hauptstraße/Sieversstraße-Umgestaltung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen 1625/2018

RM Hammer bittet um Mitteilung, ob als Alternative auch die Einrichtung eines Kreisverkehrs geprüft wurde. Zudem weist er kritisch darauf hin, dass die geplanten Multifunktionsflächen insbesondere den Gehwegbereich vor den Köln-Arcaden sehr engen und er daher die Frage aufwerfen möchte, ob diese in der vorgesehenen Breite unbedingt erforderlich seien.

Letztendlich bittet er noch um eine Erläuterung zur Radwegführung auf der Kalkmülheimer-Straße. Radfahrende, die von Norden kommen, könnten nicht mehr gera-

deaus fahren, sondern müssen stattdessen rechts abbiegen um dann anschließend einen U-Turn zu machen. Hier rege er an, nachzubessern und den Radfahrenden auf der geradeaus führenden Fahrbahn zu belassen. Auch die dortige Fahrbahnbreite von 4,75 m erscheine ihm für eine einspurige Verkehrsführung – im Verhältnis zum Fahrradstreifen von lediglich 1,50 m Breite – überdimensioniert.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, teilt mit, dass ein Kreisverkehr geometrisch passen würde; jedoch habe man hier einen hohen Anteil an Kfz-Verkehr und zudem eine sehr hohe Anzahl an querenden zu Fuß Gehenden auf allen Ästen, so dass ein Kreisverkehr an dieser Stelle nicht leistungsfähig wäre.

Funktionierende Multifunktionsflächen habe die Verwaltung beispielsweise bereits auf der Frankfurter Straße sowie der Severinsstraße eingerichtet. In wie weit diese von den anliegenden Geschäftsleuten in Anspruch genommen werden, könne die Verwaltung nicht vorhersagen. Die Flächen können für Außengastronomie, Möblierung oder auch zum Parken genutzt werden; die Verwaltung bringe damit Flexibilität in die Planung.

Den Hinweis zur Radwegeführung und Fahrbahnbreite nehme er zur Prüfung mit.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage mit Anmerkungen und Hinweisen zunächst zur Beratung in die Bezirksvertretung Kalk.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3.5 Sanierung des Knotenpunktes Ostheimer Straße/Vingster Ring 2594/2018

SE Rohata merkt an, dass die Benutzung des Knotenpunktes für zu Fuß Gehende und Rad Fahrende grenzwertig sei. Zudem befinde sich hier ein freilaufender Rechtsabbieger, der auf der Liste der zurück zu Bauenden stehe. Der Vorlage entnehme sie, dass es hier vorrangig um Kanalbaumaßnahmen und der sich anschließenden Sanierung handele. Angesichts der Gefahrenlage bei freilaufenden Rechtsabbiegern könne sie diese Vorgehensweise jedoch nicht unterstützen und halte es für angebracht, stattdessen eine Neuplanung des Knotenpunktes in Angriff zu nehmen.

RM Hammer schließt sich den Ausführungen seiner Vorrednerin nachdrücklich an. Sofern eine komplette Neuplanung kurzfristig nicht möglich sei, rege er an, der erhöhten Unfallgefahr ggf. mit einigen Optimierungen zu begegnen. So können beispielsweise die freilaufenden Rechtsabbieger auf Gehwegniveau angehoben werden, nicht zwingend mit Aufpflasterungen oder Hubbeln. Zudem sollten Radfahrende, die hier umständlich im Zick-Zack über diverse Ampeln geführt werden, schon vor der Kreuzung auf die Straße geführt werden, damit diese mit dem Kfz-Verkehr geradeaus über die Kreuzung fahren könne.

BG Blome bedankt sich für die Anregungen und Hinweise. Sie sagt zu, diese zu prüfen und die Planungen entsprechend anzupassen bzw. zu optimieren. Auch aus der Bezirksvertretung werden sicherlich noch Vorschläge kommen.

Die Liste der freilaufenden Rechtsabbieger umfasse mehrere hundert Stellen und werde sukzessive bearbeitet. Die Verwaltung habe hier bereits einige Bereiche herausgefiltert, an denen die freiliegenden Rechtsabbieger ohne großen Planungsauf-

wand beseitigt werden können. Weitere Pakete werden nun in die Planung gegeben, so dass sie zusichern könne, dass die Verwaltung hier kontinuierlich tätig sei. Anfang nächsten Jahres werde die Verwaltung sicherlich einen detaillierteren Sachstandsbericht vorlegen können.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage mit Anmerkungen und Hinweisen zunächst zur Anhörung in die Bezirksvertretung Kalk.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**3.6 Baubeschluss für die Instandsetzung der Industriestraße im Bereich zwischen der Brücke über die BAB 1 bis zur Auffahrt von der Edsel-Ford-Straße
2844/2018**

RM Hammer weist darauf hin, dass sich der Übergang vom Radweg Edsel-Ford-Straße (hinterer Bereich vor der Abzweigung nach Feldkassel) auf den Radweg, der parallel zur Industriestraße verläuft, in einem sehr schlechten Zustand befindet und er daher die Verwaltung bitten möchte, diesen Bereich mit instand zu setzen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, sagt eine Prüfung zu.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zunächst zur Anhörung in die Bezirksvertretung Chorweiler.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**3.7 Förderkonzept "Lastenräder für Köln"
3184/2018**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT vom
13.11.2018
AN/1599/2018**

RM Scholz bedankt sich nachdrücklich bei der Verwaltung für das erstellte Konzept. Auch angesichts der nun drohenden Fahrverbote sei es ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Für die SPD-Fraktion schließt sich RM Pöttgen dem Dank an die Verwaltung an und nimmt zudem Stellung zum eingereichten Änderungsantrag.

RM Michel merkt seitens der CDU-Fraktion an, dass sich diese dem Änderungsantrag nicht anschließen könne; man habe mit dem Konzept bewusst die Zielgruppe der Gewerbetreibenden und nicht die der Privatleute gesucht.

Auch RM Hammer äußert seine Freude über das Förderkonzept. Jedoch möchte auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dieses nicht in der von SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT gewünschten Form erweitern. Der Grundansatz beim Konzept sei „wir

wollen benutzen und nicht besitzen“. Im Förderkonzept habe man bewusst Privatpersonen aufgenommen, die sich allerdings gemeinschaftlich in Hausgemeinschaften organisieren müssen. Würde man nun auch einzelne Privatpersonen oder Familien aufnehmen, würden sich noch andere Verteilungskämpfe ergeben; insofern schlage er vor, es bei dem Förderkonzept in der vorliegenden Fassung zu belassen.

RM Scholz erinnert ergänzend daran, dass im städtischen Haushalt noch weitere 50.000 € für die Bürgerzentren eingestellt sind; es sollte zunächst abgewartet werden, wie sich der Abruf der Mittel hier entwickle. Bei Bedarf könne man sicherlich noch in den Folgejahren weitere Mittel für Familien und Alleinerziehende zur Verfügung stellen.

1. Beschluss (Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT):

Der Verkehrsausschuss beschließt, das vorliegende Förderkonzept „Lastenräder für Köln“ dahingehend zu erweitern, dass auch für Familien und Alleinerziehende mit mindestens einem Kind die Beantragung einer Förderung ermöglicht wird.

Bei der Überarbeitung des Förderkonzeptes ist zudem die Verankerung eines Nachhaltigkeitsbonus vorzusehen. Damit soll die Förderung nach Ablauf von drei Jahren um einen Betrag erhöht werden, wenn in diesem Zeitraum kein Auto angemeldet war oder ein bestehendes Kfz abgemeldet worden ist.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke

2. Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stimmt dem Förderkonzept „Lastenräder für Köln“ zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung ab 02.01.2019. Dieser Beschluss gilt auch für eine im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2019 ff. ggf. beabsichtigte Erhöhung der Fördermittel.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der zur Umsetzung des Förderkonzeptes erforderlichen Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 100.000 € im Teilfinanzplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze, Hj. 2018 und ist damit einverstanden, dass die ggf. im Rahmen des Hpl. – Verfahrens 2019 ff. für das Hj. 2019 berücksichtigte Erhöhung der Fördermittel nicht erneut zur Freigabe vorgelegt werden müssen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3.8 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Systemertüchtigung des Kernsystems Verkehrsmanagement sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen – hier: Finanzstelle 6400-1201-0-0008, Upgrade Verkehrsmanagementsystem 3255/2018

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Systemertüchtigung des Kernsystems Verkehrsmanagement mit Gesamtkosten in Höhe von 826.770 € fest und beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich des Inkrafttretens des Haushaltsplanes 2019 – mit der Umsetzung der Maßnahme.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt – vorbehaltlich des Inkrafttretens des Haushaltsplanes 2019 – die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 826.770 € für die Systemertüchtigung des Kernsystems Verkehrsmanagement im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei der Finanzstelle 6400-1201-0-0008, Upgrade Verkehrsmanagementsystem, Teilplanzeile 09, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Haushaltsjahr 2019.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3.9 Einrichtung eines stadtweiten Fahrradverleihsystems (KVB-Rad) 3281/2018

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, erläutert die Verwaltungsvorlage und beantwortet einige Detailfragen aus den Reihen der Ausschussmitglieder.

SE Wienke beantragt eine Ergänzung der Ziff. 3 des Beschlussvorschlages wie folgt:

„In der Flexzone wird alle 50 m je ein Kfz-Stellplatz in einen Abstellplatz für Fahrradparken umgewandelt.“

1. Beschluss (mündlicher Änderungsantrag der Fraktion Die Linke):

Ziff. 3 wird wie folgt ergänzt:

In der Flexzone wird alle 50 m je ein Kfz-Stellplatz in ein Abstellplatz für Fahrradparken umgewandelt.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die Fraktion Die Linke

2. Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) mit Wirkung ab dem 01.01.2020 mit dem Betrieb des Fahrradverleihsystems „KVB-Rad“ zu betrauen.
2. Die KVB soll nach Ablauf des laufenden Vertrages (April 2020) das System auf das gesamte Stadtgebiet erweitern. Hierzu soll die KVB AG eine Ausschreibung für 3.000 Fahrräder veranlassen zzgl. einer Option für weitere 300 eBikes. Um eine möglichst hohe Verfügbarkeit zu erzielen, ist das Stadtgebiet dabei in eine „Flexzone“ (Kernstadt) und eine „Standortzone“ (Außenbereich) zu gliedern. Zu Beginn sind mindestens 1.000 dieser Fahrräder in regelmäßigen Intervallen auf die Standorte im Außenbereich zu verteilen, so dass täglich Angebote zur Verfügung stehen.
3. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Ausweisung der Flächen zur Einrichtung und Kennzeichnung von „virtuellen“ Fahrradstationen für die „Standortzone“ zum Start des erweiterten Angebots. Für jeden dieser Standorte soll die Integration von Lade- und Abstellanlagen für eBikes und ggf. Radständer für

private Räder geprüft werden. Die Standorte in den Außenbereichen werden mit den Bezirksvertretungen abgestimmt.

4. Wie bisher soll auch künftig eine Integration in den VRS-Tarif erfolgen, um das intermodale Angebot zu stärken.
5. Nach Umsetzung wird der hierfür erforderliche Aufwand nach den Mechanismen der beabsichtigten Direktvergabe an die KVB ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**3.10 Machbarkeitsstudie auf Grundlage des Verkehrsgutachtens Mülheimer Süden - Planungsbeschluss sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
hier: Finanzstelle 6601-1201-9-8620, Mülheimer Süden, Erschließung 3245/2018**

RM Pöttgen schlägt seitens der SPD-Fraktion vor, die Vorlage im ersten Durchgang zunächst ohne Votum in die weiteren Gremien zu verweisen, wenngleich es bereits ein Fachgespräch mit der Verwaltung gegeben habe. Seine Fraktion habe dennoch intensiven Beratungsbedarf, auch mit den Kollegen des Stadtentwicklungsausschusses; gleichwohl wisse sie, dass die Vorlage von enormer Wichtigkeit insbesondere für den Stadtbezirk Mülheim und Eilbedürftigkeit vorhanden sei.

Auch RM Michel betont die Wichtigkeit und die Ausmaße dieses Projektes, auf das man lange gewartet habe. Die CDU-Fraktion werde sich die Planungen ggf. nochmals im Detail vorstellen lassen; insofern könne sie sich dem Vorschlag, die Vorlage heute nur zu verweisen, anschließen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich RM Hammer im Wesentlichen den Ausführungen seiner Vorredner an. Er gibt jedoch zu bedenken, dass nach seinem Verständnis lediglich die Netzelemente N1 – N3 für die Baugenehmigungen von Relevanz seien; den Netzelementen N4 und N5 stehe seine Fraktion derzeit noch sehr kritisch gegenüber.

RM Sterck bedankt sich bei der Verwaltung für diese Vorlage, die dringend für den Wohnungsbau und die gewerbliche Weiterentwicklung benötigt werde und deren Ansatz die FDP-Fraktion für optimal gewählt halte. Die Vorlage berücksichtige eine ÖPNV-Anbindung im Viertel, eine finanzielle Beteiligung der Investoren und betrachte darüber hinaus diesen Bereich auch sehr weiträumig mit einer Umgehungsstraße für Deutz.

BG Blome legt dar, dass die Abarbeitung dieser verkehrlichen Belange eine enorme Herausforderung darstelle. Bereits Anfang letzten Jahres habe sie alle Investoren einschließlich der KoelnMesse an einen Tisch geholt, um zu einer gemeinsamen Geschäftsgrundlage für die weitere Entwicklung zu kommen; die städtebauliche Entwicklung und Verdichtung funktioniere nicht ohne Verkehrsentwicklung und Mobilitätskonzepten. Sofern Bedarf bei den Fraktionen bestehe, werde die Verwaltung gerne in einem weiteren fraktionsübergreifenden Fachgespräch oder auch in einzelnen Fraktionsgesprächen die Vorlage im Detail präsentieren.

Auf Nachfragen von RM Hammer stellen sie und Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, weiterhin klar, dass die Verwaltung lediglich die „normalen“ Großmessen und nicht die eher seltenen „Spitzenmessen“, die nur mit Sondermaßnahmen zu bewältigen seien, zu Grunde gelegt habe.

Die Netzelemente 1 und 2 haben eine Doppelfunktion: sowohl Verbindungs- als auch Erschließungsfunktion. Der Umbau des Messekreisels und das Netzelement 3 gehören in der Tat zwingend zusammen, damit die Stadtbahn geradeaus durchfahren kann. Netzelement 4 habe deutlich weitergehende Wirkung, zum einen entlastende Wirkung in Kalk und zum anderen auch entlastende Wirkung in Deutz. Netzelement 5 sei nicht Beschluss relevant und verworfen worden.

Die Netzelemente 1 bis 4 seien in der Tat zwingend notwendig, um den zusätzlichen Verkehr bewältigen zu können.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung zunächst in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

**4.1 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für den Ersatzneubau Brücke Widdersdorfer Straße über die Trasse der Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK)
1485/2018**

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

**4.2 Aufhebung der Umsetzung des Haushaltsbegleitbeschlusses "Beleuchtung entlang der Wegeverbindung Am Baggerfeld zwischen Esch und Pesch"
2324/2018**

Verwaltung bzw. der Landesbetrieb Straßenbau NRW werden gebeten, die Planungen für den Streckenabschnitt im hiesigen Ausschuss vorzustellen; die Beschlussfassung über die Verwaltungsvorlage wird solange zurückgestellt.

**4.3 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Bergstraße von Ober Buschweg bis Haus-Nr. 50 ausschließlich (Grenze zum vorhandenen Teil) in Köln-Sürth
1429/2018**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Bergstraße von Ober Buschweg bis Haus-Nr. 50 ausschließlich (Grenze zum vorhandenen Teil) in Köln-Sürth in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.4 Erneuerung Asphaltdecke Zoobrücke, hier: Mitteilung über die Erhöhung der Investitionsauszahlungen gem. §24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. §8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018
2401/2018**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Erhöhung der Investitionsauszahlungen bei der Realisierung der Maßnahme „Erneuerung der Fahrbahnabdichtung Zoobrücke (Strombrücke, Los A und Betonbauwerk, Los B)“ von maximal 2.390.850 € zur Kenntnis. Die Kosten dieser Investitionsmaßnahme erhöhen sich somit von 6.175.865 € auf nunmehr maximal 8.566.715 €. Der bisher beschlossene Gesamtkostenrahmen der Maßnahme in Höhe von 9.608.405 € wird nicht überschritten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.5 Umgestaltung des Knotenpunktes Neusser Landstraße/Oranjarahofstraße in einen Kreisverkehr, hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6600, Umbau von signalisierten Verkehrsknotenpunkten
2642/2018**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt eine Kostenerhöhung bei der Realisierung der Maßnahme „Umgestaltung des Knotenpunktes Neusser Landstraße/Oranjarahofstraße in einen Kreisverkehr“ über insgesamt 345.565,30 € zur Kenntnis. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 976.565,30 € statt bisher 631.000 €.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.6 Umgestaltung des Chlodwigplatzes, hier: Mitteilung über eine weitere Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd-Stadtbahn, Wiederherstellung
2657/2018**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt eine weitere Kostenerhöhung bei der Realisierung der Maßnahme „Umgestaltung des Chlodwigplatzes“ über insgesamt 638.000 € zur Kenntnis. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 2.280.363,07 € statt bisher 1.642.363,07 €.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

- 4.7 Generalinstandsetzung der Troisdorfer Straße, hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. §24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. §8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2018
2787/2018**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung bei der Realisierung der Maßnahme „Generalinstandsetzung der Troisdorfer Straße“ über insgesamt 220.234,59 € zur Kenntnis. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 374.734,59 € statt bisher 154.500 €.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

- 4.8 Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
2816/2018**

Die Vorlage wurde auf Antrag der CDU-Fraktion vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

- 4.9 268. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2819/2018**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 268. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

- 4.10 Ost-West-Achse: Entscheidung über die Vorzugsvariante und Vorbereitung eines Planungs- und Bedarfsfeststellungsbeschlusses
3211/2018**

Hinweis: Die Vorlage wird zusammen mit TOP 7.7 „Bürgerbefragung Ost-West-Achse“ behandelt.

RM Pöttgen bedankt sich seitens der SPD-Fraktion für die umfangreiche Vorlage und bei allen Beteiligten für den sehr intensiven Prozess, der in den letzten Monaten stattgefunden habe. Er schlägt vor, die Vorlage heute zunächst ohne Votum in die weiteren Gremien zu verweisen und die Generaldebatte erst im Dezember zu führen.

Auch RM Michel spricht seinen Dank an Verwaltung und KVB AG aus; insbesondere, dass man den vorgegebenen Zeitplan bisher eingehalten habe.

SE Fahlenbock spricht sich seitens der Behindertenverbände nachdrücklich gegen eine unterirdische Lösung aus, da hiermit eine Abhängigkeit von Aufzügen geschaffen werde. In der vergangenen Woche seien beispielsweise 13 Aufzüge an gut frequentierten Haltestellen außer Betrieb gewesen.

RM Weisenstein schließt sich dem Dank seiner Vorredner an. Ein wesentliches Element aus der Bürgerbeteiligung – eine oberirdische Variante – sei in die Vorlage als Alternative aufgenommen worden. Befremdlich sei allerdings der Hauptverwaltungsvorschlag; Befürworter aus der Bürgerbeteiligung hätten einen langen Tunnel bis zu Melaten präferiert, nicht hingegen einen kurzen Tunnel.

Die Stellungnahme aus TOP 7.7 aufgreifend macht er weiterhin deutlich, dass er die Auffassung der Verwaltung nicht teile. Mit der in Rede stehenden Vorlage könne seines Erachtens durchaus eine Bürgerbefragung durchgeführt werden.

RM Sterck warnt davor, sich bei diesem Projekt für die kleinstädtische Variante oder etwaige Zwischenlösungen zu entscheiden. Zuschüsse für oberirdische Alternativen binden die Stadt auf mehrere Jahrzehnte; es müsse vielmehr die Entscheidung zu Gunsten einer leistungsfähigen und großen Lösung für die Ost-West-Achse getroffen werden. Er hoffe, dass sich für die abschließende Entscheidung im Dezember eine politische Mehrheit für einen modifizierten Beschluss finden werde.

RM Hammer resümiert, dass das ÖPNV-System gestärkt werden müsse und dass zudem Einvernehmen bestehe, dass dies auch schnell geschehen müsse. Er weist jedoch darauf hin, dass die finanziellen Mittel hierfür nur begrenzt zur Verfügung stehen und hieraus das Beste gemacht werden müsse.

RM Scholz spricht sich klar für die oberirdische Variante aus. Diese sei die wirtschaftlichste Lösung und verspreche eine verhältnismäßig kurze Bauzeit. Auch er könne sich den Argumenten gegen eine Bürgerbefragung nicht anschließen. Die Kosten seien nach seiner Auffassung nicht unerheblich, aber angesichts der Projektkosten kein k.o.-Kriterium.

Ausschussvorsitzender Wolter appelliert an die Ausschussmitglieder, nur über förderfähige Varianten zu diskutieren und nachzudenken; alles andere werde nicht funktionieren. Aus der Bürgerbeteiligung habe er mitgenommen, dass der Wunsch nach einer massiven Reduzierung des Individualverkehrs bestehe. Egal, welche Entscheidung letztendlich im Dezember getroffen werde; er befürchte, dass anschließend eine Bürgerinitiative dagegen vorgehen werde und halte daher eine Bürgerbefragung für sinnvoll und richtig.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung zunächst in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

5.1.1 Anfrage der Gruppe BUNT vom 05.09.2018 betr. Anfrage zu Ausfällen von Bussen und Bahnen der KVB AN/1234/2018

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

5.1.2 Anfrage der Gruppe GUT vom 06.09.2018 betr. Mobilitätsverhalten der Kölnerinnen und Kölner AN/1253/2018

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Anfrage des Seniorenvertreters Meurers vom 06.10.2018 betr. Chlodwig- platz

**Chlodwigplatz
hier: Anfrage der Seniorenvertretung zur Sitzung des Verkehrsaus-
schusses am 13.11.2018
3500/2018**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.2 Anfrage der Ratsgruppe BUNT vom 30.10.2018 betr. E-Tretroller sausen bald durch Köln – ist die Stadtverwaltung darauf vorbereitet? AN/1488/2018

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

5.2.3 Anfrage der Ratsgruppe GUT vom 31.10.2018 betr. Velosichere Schienen für Köln AN/1522/2018

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

5.2.4 Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.11.2018 betr. Sachstand, Terminierung und geplantes Vorgehen bei der Erstellung ei- ner städtischen Stellplatzsatzung AN/1534/2018

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

**5.2.5 Anfrage der Ratsgruppe GUT vom 06.11.2018 betr.
Radschnellwege für Köln
AN/1555/2018**

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

**5.2.6 Anfrage der Ratsgruppe BUNT vom 07.11.2018 betr.
Fahrradmitnahme bei der KVB
AN/1564/2018**

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

**6.1 Parkhäuser in der Stadt Köln
3544/2018**

Seniorenvertreter Meurers bittet um Mitteilung, ob zumindest entsprechende Schilder, dass nicht berechnigte Fahrzeuge kostenpflichtig abgeschleppt werden können, in den Parkhäusern aufgehängt werden können.

**6.2 Stadtbahnverlängerung Widdersdorf-Brauweiler
2815/2018**

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.3 Spielen Lufttaxis (vertikaler Personennahverkehr) bei den Planungen
rund um eine kommunale Stellplatzsatzung eine Rolle?
hier: Anfrage der Ratsgruppe BUNT in der Sitzung des Verkehrsaus-
schusses am 11.09.2018, TOP 5.2.3
2994/2018**

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.4 Entwicklung eines Wasserbussystems auf dem Rhein – Welchen Fort-
schritt gibt es zur sinnvollen Ergänzung unseres ÖPNV-Angebotes?
hier: Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses
am 11.09.2018, TOP 5.2.2
3533/2018**

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

RM Pöttgen kritisiert das schleppende Tempo in dieser Angelegenheit; vom Beschluss bis zum Beginn einer Machbarkeitsstudie habe es vier Jahre gebraucht.

BG Blome räumt ein, dass die Kritik berechnigt sei. Allerdings bestehe bei der Beteili-
gung von anderen Kommunen immer ein hoher Abstimmungsbedarf, der in der Tat
sehr zeitaufwändig sei. Zudem seien im laufenden Prozess die Förderbedingungen

geändert worden, was zu einer weiteren zeitlichen Verzögerung geführt habe. Sie hoffe, dass die Zeit nun aufgeholt werden könne.

7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 „Wie inklusiv ist das Quartier?“
Exemplarische Erhebung der Generationengerechtigkeit und Barrierefreiheit zweier Wohnquartiere und Erarbeitung eines hieraus abgeleiteten Kriterienkatalogs
hier: Zwischenbilanz
2582/2018**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 7.2 Busverbindung vom Rheinauhafen zur Haltestelle Severinstraße
hier: Beschluss des Verkehrsausschusses vom 25.08.2015, TOP 2.2
2891/2018**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 7.3 Neue Stabsstelle Stadtbau im Quartier | Domumfeld mit Wirkung vom 01. März 2018
2955/2018**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 7.4 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Arbeits- und Erfahrungsbericht für die Zeit von 09/2017 - 05/2018
3010/2018**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

SE Fahlenbock berichtet ergänzend, dass zwischenzeitlich eine Lösung für die Mitnahme von E-Scootern gefunden wurde: Zumindest die Mitnahme in Hochflurbahnen werde ab 2019 erfreulicher Weise wieder erlaubt.

- 7.5 Radverkehrskonzept Innenstadt - Piktogrammreihe
hier: Markierung von Piktogrammreihen auf den Kölner Ringen und der Nord-Süd-Fahrt
3376/2018**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 7.6 Bericht über den Ausgang der verwaltungsgerichtlichen Verfahren "Bezirksvertretung Köln-Nippes gegen den Rat der Stadt Köln", VG Köln, Az. 4 L 1346 und 4 K 4391/18
3433/2018**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Auf Nachfrage des RM Hammer sagt Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, zu, einen Sachstandsbericht – incl. einem zeitlichen Ausblick – schriftlich vorzulegen.

7.7 Bürgerbefragung Ost-West-Achse 3587/2018

Hinweis: Die Mitteilung wurde zusammen mit TOP 4.10 „Ost-West-Achse: Entscheidung über die Vorzugsvariante und Vorbereitung eines Planungs- und Bedarfsfeststellungsbeschlusses“ behandelt.

7.8 Verwendung der Stellplatzablösemittel im Jahr 2017 3631/2018

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.9 Umsetzungsstand des Radverkehrskonzeptes Innenstadt 2936/2018

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

RM Hammer zeigt sich erfreut, dass es hier gut voran gehe und dass dies auch vermehrt in den Medien kommuniziert werde.

RM Pöttgen hingegen kann diese Einschätzung nicht teilen. Es handele sich hier überwiegend um kleine Maßnahmen, die seines Erachtens keinen großen Planungsaufwand voraussetzen.

RM Michel widerspricht dieser Aussage vehement. Im Bereich Radverkehr sei in letzter Zeit – auch durch Personalzusatzung – sehr viel bewegt und umgesetzt worden und dies werde auch von den Bürgerinnen und Bürgern so wahrgenommen und honoriert.

So sehr sie das Team des Fahrradbeauftragten auch schätze; SE Wienke merkt an, dass sie sich eher den Ausführungen von Herrn Pöttgen anschließen müsse. Die Maßnahme Gladbacher Straße beispielsweise sei schlecht geplant und umgesetzt worden; für den Radfahrenden sei es hier sehr gefährlich zu fahren, da Autofahrende nach wie vor links auf den Ring abbiegen.

Vorsitzender Wolter räumt ein, dass beim Thema Radverkehr viele Jahre Stillstand in Köln geherrscht habe, er aber nun erfreulicher Weise den Eindruck habe, dass hier wirklich was bewegt und dies auch sichtbar werde. Er appelliere nachdrücklich an die Verwaltung, diesen Weg so weiter zu gehen.

BG Blome weist die Vorwürfe von RM Pöttgen und SE Wienke zurück und zeigt auf, welche Arbeitsbereiche und Aufgabenvielfalt das Team des Fahrradbeauftragten wahrnehme. Sie sei mit den Fortschritten im Bereich des Radverkehrs sehr zufrieden.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, greift anschließend einige Maßnahmen aus der Stellungnahme heraus und erläutert diese im Detail. Den Hinweis zur Gladbacher Straße aufgreifend weist er darauf hin, dass die Verwaltung für das Fehlverhalten von Verkehrsteilnehmenden nicht verantwortlich gemacht werden könne. Aus der Erfahrung heraus sei er zuversichtlich, dass dieses Fehlverhalten nach einer gewissen Eingewöhnungsphase deutlich zurückgehen wer-

de; andernfalls werde die Verwaltung Kontakt zur Polizei aufnehmen, da es sich um ein Überwachungsproblem handele.

**7.10 Breslauer Platz/Goldgasse - neue Haltestellenstandorte
2793/2018**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.11 Bericht über die Informationsreise nach Wien am 06./07.09.2018
3292/2018**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

gez. Andreas Wolter

gez. Angela Krause

BM Andreas Wolter
(Ausschussvorsitzender)

Angela Krause
(Schriftführerin)